



## Bundesfachgruppenvorstand im Dialog mit der Politik

Der Bundesfachgruppenvorstand hatte am 21. September 2010 Hubertus Heil, MdB, stellv. Fraktionsvorsitzender der SPD und Anette Kramme, MdB, Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für den Bereich Arbeit und Soziales als Gäste eingeladen. Im Vordergrund des über zweistündigen Gesprächs stand die Neuorganisation der ARGen/Jobcenter zum 1. Januar 2011. Die Mitglieder des Bundesfachgruppenvorstands machten in ihren Beiträgen deutlich, dass die organisatorische Trennung der Rechtskreise SGB II und SGB III inhaltlich für falsch gehalten wird. Sie unterstrichen die Haltung, dass Arbeitsmarktpolitik Bundesaufgabe ist, und eine Trennung der Rechtskreise eine 2-Klassen-Gesellschaft von Arbeitslosen schafft.

Isolde Kunkel-Weber, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands, stellte in ihrem Beitrag deutlich heraus, dass die Gesetze zur Neuorganisation des SGB II ab 01. Januar 2011 zahlreiche Defizite in Bezug auf die Interessenvertretung der Beschäftigten enthalten. Dazu gehören u.a. das fehlende Doppelwahlrecht der Beschäftigten bei den Personalratswahlen, die unzureichende Mitbestimmung der neuen Personalräte in den Jobcentern, und die fehlenden Übergangsmandate der bisherigen Personalvertretungen.



Von links: Wolfgang Schmidt, Gerhard Küster, Leonie Gerbers, Joachim Arndt, Anette Kramme, MdB, Hubertus Heil, MdB, Isolde Kunkel Weber, ver.di Bundesvorstand

Hubertus Heil als auch Anette Kramme stellten die Positionen der SPD-Fraktion zur Neuorganisationen des SGB II dar. In dem zum Teil sehr kritisch geführten Dialog brachten die Bundesfachgruppenvorstandsmitglieder auch das Thema befristete Arbeitsverhältnisse im SGB II- und SGB III-Bereich zur Sprache. Es wurde insbesondere die Umsetzung der Etatisierung der 3.200 Stellen im Rechtskreis SGB II durch das Bundesarbeitsministerium problematisiert. Darüber hinaus wurde die Forderung unterstrichen, die Entfristung aller Beschäftigungsverhältnisse im Bereich des SGB II zu erreichen. Die Aufgaben der Jobcenter erfordern auch nach dem 1. Januar 2011 eine ausreichende Personalausstattung – gut eingearbeitetes Personal ist ausreichend vorhanden! Karl Obermann, Sprecher des Bundesfachgruppenvorstands, machte zum Abschluss deutlich, dass die ver.di-Bundesfachgruppe Arbeitsverwaltung erwartet, dass die sich abzeichnenden Probleme bei der Umsetzung der Neuorganisation der Jobcenter auch durch Nachbesserungen in den Gesetzen gelöst werden. Zum Abschluss des Gesprächs wurde vereinbart, den begonnenen Dialog im Jahre 2011 zeitnah fortzusetzen.



ver.di - Bundesfachgruppenvorstandsmitglieder Arbeitsverwaltung und Gäste im intensiven Gespräch.